

Beilage zum „Riesener Tageblatt“

Redaktion und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Herausgeber: Gustavus Hähnel, Riesa; für Eigentum: Wilhelm Dittig, Riesa.

Nr. 287.

Freitag, 12. Dezember 1919, abends.

72. Jährg.

Die Janern Trauben.

Aus Berlin schreibt man uns: Sie sind noch links verbogene mittlere Saiten, auf die die Regierung des nachkriegsdeutschen Deutschlands kommt, bleibt sie soviel sprunghafte Belastung, wie ihr in einem fort angemessen wird, sicher nicht auf die Tauer möglich, wenn sie auch kurz vor dem völligen Verzerrung wieder durch einen Knoten mit Geschick und Unschärfe von neuem zusammengeknüpft wird. Die Saiten bleibt latent. Alle Bemühungen, die gegenwärtige Regierungskoalition aufrechtzuhalten, müssen über längst am dem toten Punkt anlangen. Es fragt sich, ob es im Interesse des deutschen Staatswohles liegt, diese Bemühungen, trotz ihrer gewissen endlichen Unsicherlosigkeit immer und immer wieder aufzustellen. Der verdeckten Parteien scheint es offenbar in ihrem Interesse zu liegen — was das Saiten darüber denkt, kann nur durch Nachahmen festgestellt werden und diese breite man nicht aus. Ich doch wären Reaktionen die einzige Möglichkeit einer deutschen Regierung, mag sie zusammengeknüpft sein, wie sie will, das unbedingt notwendige feste Fundament zu erhalten, ohne das es ein unvermeidbarer Windstoß einmal umstürzen wird. Bei diesem plötzlichen Umsturz würde sie die ganze gegenwärtige so mühsam erarbeitete Ordnung mit sich in die Tiefe reißen, wie schon die Anfangsmänner an die Belebung der Staatsgeschäfte den ganzen Staat in seiner Instanzentwicklung noch außen auf das schwerste gefährdet hat. Der Windstoß wird schon seit langem von links erwartet. Der Windstoß wird schon seit langem von links erwartet. Der Parteiensitz der Unabhängigen in Leipzig schien ich offenbar als Blasphemie konstituiert zu wollen. Nun kommen aber den Tätern der Kämpferpartei Geboten, und sie führen, mit allen offenen Karten geblieben zu haben — anders ist es nicht zu verstehen, wenn plötzlich der Chefredakteur der „Freiheit“ mit einem beachtenswerten Aufwand von Gründen gegen eine Übernahme der Regierungsmacht durch die U.S. P. vom Redner sieht und unumwunden erklärt: Die Traubensitze der Partei viel zu fauer. Er schreibt in einem Aufsatz: „Politische Probleme“: „Die Genossen, die den Entwicklungskampf unmittelbar betreibend gauken, treiben mit die ganze politische Situation gründlich zu zerrennen.... Der Widerstand, mit dem heute das Proletariat zu rechnen hat, ist ein weit stärkerer und entschlossener, die Kampfbedingungen haben sich viel ungünstiger gestaltet. Und das ist entscheidend auch für die Frage der Behauptung der Macht.“

Die Frage muss deshalb gestellt werden, weil es denkbar wäre, dass unter dem Einfluss außenpolitischen Entwicklung, die Partei vor die Frage der Übernahme der Macht gestellt werden könnte. Sie würde sie dann nicht aus den inneren politischen und ökonomischen Bedingungen der deutschen Entwicklung erhalten, sondern infolge eines Zusammenspiels von außen. In einer ähnlichen Situation, in der Friedenskräfte, das Haose, im Gegensatz zu dem ungarischen Vorgehen, die Parole ausgegeben — und die Partei ist ihm einstimmig gefolgt —, die Übernahme der Macht abzulehnen.

Wie könnte es heute um die Behauptung der Macht? Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass heute die ländliche Bevölkerung einer revolutionären Regierung den außenpolitischen Widerstand entgegenbringen würde. Wir müssten mit einer Agrarkrise rechnen, mit der ungeheuren Schwierigkeit, die ländliche Bevölkerung zu ernähren. Dazu käme der Widerstand der bürgerlichen, nicht sozialistischen Schichten, der ziemlich in den Provinzstädten großen Umfang annehmen und die Fortführung der industriellen Produktion außerordentlich erschweren würde. Zur Agrar- würde eine Industriekrise kommen, die nun gebahnt würde durch die Blockade der kapitalistischen Staaten und durch die Sperrung der Kredite der ausländischen Kapitalisten.

Das alles würde aber die Widerstände gegen die revolutionäre Regierung automatisch heiligen und zu schweren Verwicklungen führen, die die industrielle Produktion vollständig lämmen würden. Das könnte ein überwiegendes Industrieland nicht aushalten; auch Kreise, die ursprünglich der neuen Regierung indifferent oder wohlwollend gegenüberstanden, würden ihr jetzt entgegenstreben; der Absall würde förmlich auch auf die Arbeiterschaft übergreifen und zum Sturz der Regierung führen.“

Der Artikel dieses anerkannten unabhängigen Führers ist recht dazu angepasst, Überflächlich von Herzen zu berühren und fällt in den Schlaf zu wiegen. Die U.S. P. erklärt ja selbst, dass sie an eine Übernahme der Macht nicht denkt, so werden diese Sätze erleichtert ausdrücken und gerichtet auf den Gedanken kommen, dass diese Erklärung möglicherweise nichts als einen geschickten taktischen Schachzug bedeutet, der dazu dienen soll, die wirklichen Bewegungen zu verschleiern. Hängen den Unabhängigen heute noch die Trauben so hoch, so sollte man doch genau auf ihre Sprüche achten. Wenn der Stich erfasst, dass er nicht springen will, so kann man sicher sein, dass er im nächsten günstigen Moment zum Sprunge ansetzt und die saueren Trauben reicht. Wer findet, wenn er sie erst in den Zähnen hat.

Nationalversammlung.

Präsident Scheidemann eröffnete die geistige Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten. Auf der Tagesordnung steht die 1. Beratung des Gesetzesvorhabens der Wiederherstellung des Reichsgerichts. Reichspräsident Quakenbrück begründet die Beratung, die eine Verlängerung des Privilegs der Reichsbank für das kommende Jahrgeht fordert und die Beteiligung des Reiches am Bankgewinn neuregelt sowie die Organisation des Banken durch den Friedensschluss geschaffenen Verhältnissen anpasst. Abg. Bernburg (Dem.) beantragt Überweisung an den 6. Ausschuss. Das Haus stimmt dem zu.

Hierauf wird die

2. Beratung des Reichsjustizgesetzes fortgesetzt. Eine Reihe von Paragraphen wird noch den Beschluss des Ausschusses angenommen. Bei § 17 wird auf Antrag Blund (Senkr.) der vom Ausschuss hinzugefügten Abga 3 und 4 Abga von Gesellschaftsvermögen bei eingetragenen Genossenschaften wieder gestrichen. Bei § 18 bestimmt Abg. Quarek (Sos.) die Sitzung des Ausschusses, die infolge einer Koalition zwischen der Rechten und dem Senkrum als ein Privileg für landwirtschaftliche Grundherrschaft und das Gesetz hineingebracht worden seien. Ein entsprechender Antrag Braun-Löde will die bezüglichen Abga wieder kreieren. Abg. Barthel (Senkr.) tritt für den Antrag Blund ein, die von den Sozialdemokraten bearbeiteten Abga der Kommissionssatzung zu streichen, dafür aber einen Abga einzufügen, wonach auf die Bestimmungen der Reichsabgeordneten Regierung genommen wird. Abg. Becker-Hoff (D. P.) tritt für die Ausschusssatzung ein. Abg. Blund (Senkr.): Der einzige reelle Wertmaßstab für Grundstücke ist doch förmlich nur der Vertrag. Wenn das Justizgesetz mit 3 Prozent vergleichbar werden soll, müssen wir das Kostensatz als Wert der Grundstücke ein-

setzen. Der Antrag Blund wird angenommen. Bei § 18a bemerkte auf Anfrage des Abg. Blund (Senkr.) Reichsfinanzminister Erbacher: Das Gerichtsamt der Rechten kann nicht nach dem augenblicklichen Wert ihrer Produkte bemessen werden. Nationale Gesichtspunkte sollten bei der Einschätzung der Güte megschlagen. Die §§ 25 bis 30 werden unverändert angenommen. Bei § 32 bewertet unfehlbar eines Antrages Mumm (Deutschland), der abgelehnt wird, Reichsfinanzminister Erbacher, das auch bei der Bezahlung noch nicht geltiger Urteile des Reichsgerichts für Verkörperte und deren Leben, sowie Lebensversicherungen in Betracht kommen, möglichst Erleichterungen und Entgegenkommen von den Behörden. Nach greifen sollen. Auf Antrag Blund wird ein Antrag § 45a angenommen, wonach Kriegsgefangenen usw. die zur Bezahlung der Abgaben erforderlichen Mittel beim gesetzlichen Reservefonds entnehmen dürfen. Der Rest des Gesetzes wird nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Anfragen, kleinere Vorlagen. Schluss 5 Uhr.

Sitzung der sächsischen Volkskammer.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Staatskapitel. Für den Finanzausschuss I beantragt

Abg. Anderz (D. P.): Als Berichterstatter im Ausschussteam für den ordentlichen Haushalt des staatlichen Elektrogrätzunternehmens nach der Vorlage die Einstellungen zu bewilligen.

Die Kammer beschließt demgemäß.

Zu dem Staatskapitel aus dem Bereich des Justizministeriums berichtet

Abg. Behning (D. P.): Bei den Ausschusserörterungen war bekanntlich ein Antrag gestellt worden, die Regierung um Abnahmen gegen die Überführung der Gerichte und um eine allgemeine Amnestie für alle begangenen Vergehen und Übertretungen der Nations-Verordnungen seitens der Verbraucher zu ersuchen. Die Unabhängigen beantragten bei dieser Gelegenheit, alle auszeit schwedenden politischen Prozesse niedergeschlagen und eine Amnestie für alle wegen politischen Straftaten Verurteilten zu erlassen. Der Berichterstatter wies überzeugend die gegenwärtige Überlieführung der Gerichte nach und beschönigte eine geordnete Justizpflege als das Fundament des Staates. Der Ausschuss ist sich darüber einig, dass gegenüber dieser Forderung die finanzielle Frage beiseite gestellt werden muss.

Justizminister Dr. Hartmann: Ich konstatiere mit Freuden, dass alle Parteien rücksichtlich sowohl die Überführung der Gerichte als auch die Notlage der Rechtspflege anerkannt haben. Ferner verzögert er sich gegen die Angriffe von Seiten der unabhängigen Redner. Die Verbreitung von Flugblättern im Amt will der Minister nicht dulden.

Die Abstimmung ergibt die Annahme der Ausschusseinstellung und der Einstellungen für die Kapitel des Justizministeriums gegen die Stimmen der Unabhängigen und die Ablehnung der unabhängigen Justizantrages.

Die Abstimmung ergibt die Annahme der Ausschusseinstellung und der Einstellungen für die Kapitel des Justizministeriums gegen die Stimmen der Unabhängigen und die Ablehnung des unabhängigen Justizantrages.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Neue Putschversuche der Kommunisten werden in Württemberg. Aus Berlin wird gemeldet: Die aufgetauchten Nachrichten über angeblich neue Putschversuche von Kommunisten entbehren, wie wir von zuständiger Seite erfahren, jeder tatsächlichen Grundlage. Es gehören nämlich Schilderungen von Einzelheiten, wie etwa über Leibungskurse, Bildung von Kampftruppen und ähnlich ins Reich der Fabel.

Ein Engländer über die Gefahr der deutschen Gegenrevolution. Vom Telegraphen erklärt der von einem Gefinde nach Köln, Frankfurt, Stuttgart und München durchgefahrene Oberst Landgraf im englischen Unterhause, er habe in Deutschland eine starke Strömung zugunsten einer Gegenrevolution wahrgenommen. Die royalistische Partei nehme, soweit er beobachten könnte, täglich an Umfang zu. Wenn man den vormaligen deutschen Kaiser nicht den Prozess mache und ihn nicht nach St. Helena sende, so werde man ihn als König von Preußen wiedersehen.

Oberst Reinhardt zur gesetzlichen Disposition gestellt. Amtlich wird unterm 11. Dezember bekanntgegeben: Oberst Reinhardt scheidet mit dem heutigen Tage aus der Reichswehr aus. Er ist mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt worden.

Die Münchener Prozesse. In München findet gegenwärtig der Prozess gegen den Fleischer Lindner statt, der im Februar die Attentate im Landtag verübte. Justizminister Dr. Müller-Weiningen machte als Zeuge u. a. folgende Aussage: Am 21. Februar früh 8 Uhr hat mir Auer mitgeteilt, dass es ihm in der vorbergehenden Nacht gelungen sei, Eisner zum Rücktritt zu bewegen. Wie Auer merkwürdiger Optimismus auf. Wie andere sind an jenem Tage in den Landtag mit dem Bewusstsein gegangen, dass wie unsere Haut zu Warte trugen. Als wir für unsere Angehörigen um Ratte für die Sklaverei batzen, hielt es, die hätte der revolutionäre Arbeiterrat schon alle belegt. Lindner legte direkt auf Auer an und so nahm dann auch die anderen Minister. Ich batte den Eindruck, als ob er die ganze Ministerbank abschütteln wollte. Mit Lindner war ein zweiter Mann gekommen, der mit einer großen Waffe in die Richtung zielte, wo Deier stand. Es schien, als hätte man es auf ein allgemeines Geheimnis abgesehen. Bei dem Attentat hatte man den Eindruck, dass es sich um ein planmäßiges Vorgehen handelte. Auf die Frage des Staatsanwalts, welchen Eindruck das Attentat auf die parlamentarischen Zustände gehabt habe, sagte der Zeuge, einen völlig verzweifelten.

Aus dem Ballistikum wird der „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gemeldet: Der Rückmarsch der Eisernen Division und deutscher Legion hat sich infolge der schlechten Beziehungen etwas verzögert. Die Anfänge der Kolonnen werden wahrscheinlich Donnerstag abend oder Freitag früh über die deutsche Grenze überqueren. Die zurückkehrenden Truppenteile werden etwas später nach dem Innern Deutschlands gebracht, da sie nach den langen Fußmärschen und Entbehrungen der Ruhe bedürfen. Sie werden in dieser Zeit zur Grenzsicherung bereitstehen. Die landwirtschaftlichen Organisationen sind besonders an die Militärdienstkommandos herangetreten, ihnen landwirtschaftliche Arbeiten und womöglich Vieh zur Verfügung zu stellen. Es ist anzunehmen, dass die deutschen Truppen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen und lieber deutsche Viehherden werden. Aus verschiedenen Nachrichten geht hervor, dass im deutschen Teil der Provinz Polen und der Provinz Pommern eine gewisse Beunruhigung über Guerillas der Polen herrscht, die sich im Annahmestand äußern könnten. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hört, dass die Verteilung, die dieser Beunruhigung zugrunde liegen, den aufständigen Regierungssoldaten bekannt, die alle erforderlichen Maßnahmen gegen solche Uebegriffe getroffen haben. — Auf Königsberg wird ferner gemeldet: Die deutsche Legion hat Soldaten in Stärke von etwas 3000 Mann erreicht. Die Sitzungen der Eisernen Division haben bei Salzwedel.

der Waffen und Waffensysteme und einer 1000 Mann starke Grenze überdrückt. Die Schule ist bis Ostodien am 1. Januar übergeben werden. Die letzten Rechte des Reichs übergeben werden. General Ritter hat ausdrücklich angeordnet, daß die seitlichen Truppen nach der Durchführung der Rückmarsch nach dem 1. Dezember die deutsche Grenze wieder überdrücken werden.

Die Rückmarsch der Reichswehrkavallerie. Die einzigen Berichte Kästners mußte mitgeteilt, daß die Aufstellung der Reichswehrkavallerie verhindert ist. Diese Beschränzung ist unzulässig. Der Geschwaderchef über die Aufstellung der Reichswehrkavallerie ist bereits fertiggestellt. Er wird in nächster Zeit dem Reichsminister und der Nationalversammlung zur Präsentation gegeben.

Der parlamentarische Unterhändlerausschuß der Nationalversammlung beschloß gestern mit allen gegen zwei Stimmen in Abstimmung der Delegierten, die das Verhältnis des Reichswehrkavallerie bei seiner Verabschiedung ausgesprochen hatte, zu erklären, daß jedes Mitglied des Unterhändlerausschusses dringend habe und infolge dessen und jeder Auskunftsperipherie die Unvereinbarkeit jedem Reichswehrkavallerie gegenüber obliege. Im darüber befindet sich die Zustimmung, daß er in seiner Volksversammlung nicht als Bevölkerungsbeauftragter für Einsprüche gegen Entscheidungen des Unterhändlerausschusses anstreben werden könne, sondern doch jeder Unterhändler selbstständig über einzelne Einsprüche von Auskunftsperipherien oder Gauverhändigten zu entscheiden habe.

Das Umweltversprechen. Bei der 2. Beratung des Umweltversprechens im Staatsratshaus der Nationalversammlung wurde die Interesseneuer auf 10 Prozent festgelegt. Dieser Betrag erwähnt sich jedoch noch einem Antrag Kraut (Dem.) auf 2 Prozent für die ersten 100 000 Mfl. der sozialen Interesseneinnahmen, auf 3 Prozent für die nächsten 100 000 Mfl. bis 9 Prozent. Nach einem Antrag Kraut (Dem.) wurde die Plakette auf 5 Prozent festgelegt. Die Hotel- und Depothauer beträgt 10 Prozent, jedoch kommt bei der ersten bei einem Tagessatz bis zu 5 Mfl. nur der allgemeine Umweltsteuerzahler von 1% Prozent in Betracht.

Im Betriebsräteausschuß der Nationalversammlung wurde auf Grund eines sozialdemokratischen Antrages des Wahlalters auf 18 Jahre festgelegt. Wahlalter zum Betriebsrat und Arbeitnehmer beiderlei Geschlechts vom 24. Geburtstag ab.

Der Abschließung der Wirtschaft. Die Medizinisch-ökonomische Gesellschaft von Würzburg wendet sich in einer Erklärung gegen den Verlust englischer Besitzlichkeiten, die Wirtschaft für Deutschland im Interesse der deutschen Künste zu retten. Die Gesellschaft fordert auf, sich tritt an den Friedensvertrag zu halten.

Die Bekämpfung des Urteils im Fleischkneipenprozeß. Aus Berlin wird gemeldet: Es trifft zu, daß das Urteil im Prozeß Fleischkneipen-Gagernburg bereits vor einiger Zeit bestätigt wurde und zwar durch den Oberbeschlußhaber, da es sich um ein Urteil des Berliner Militärgerichts handelt. Die Bekämpfung hat erst stattgefunden, nachdem die zivilen und militärischen Sachverständigen einstimmig erklärt hatten, daß auf Grund des vorliegenden Beweismaterials auch eine nochmalige Verhandlung zu einem anderen Urteil nicht führen würde.

Das Verfahren gegen Dr. Helfferich. Oberstaatsanwalt Krause teilt mit Rücksicht auf die getroffenen Mittelungen der Presse über das Strafverfahren gegen Dr. Helfferich wegen Beleidigung des Reichsministers mit, daß die Akten mit der Klage bereits am 9. d. M. der Strafammer zur Beschlusshaltung über die Eröffnung des Hauptverfahrens zugegangen sind. Die Hauptversammlung hätte voraussichtlich im Januar, spätestens Februar stattfinden.

Die "Freiheit" wegen Beleidigung verklagt. Der Oberstaatsanwalt Krause teilt mit, daß er gegen den verantwortlichen Redakteur der "Freiheit" wegen Beleidigung des ersten Staatsanwalts Dr. Weizmann und des Staatsanwalts Dr. Sumbrowski, enthalten in einem Artikel der Abendpost vom 5. Dezember, Anklage erhoben haben.

Das Betriebsrätegebot wird nicht, wie beabsichtigt war, vor Weihnachten noch erledigt werden. Die Arbeiter werden also auf dieses soziale Weihnachtsgeschenk verzichten müssen. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt

heute morgens vor. — Der Betriebsräteausschuß der Betriebsvereinigung und die Vertretung betrieblicher Arbeitsgemeinschaften hatten am Sonnabend eine ausreichende Versammlung eingerufen, um gegen die Beschränkung des Betriebsräteausschusses Protest zu erheben. Der Verteilende des Reichsverbandes, Dr. Görg, hörte, wie die Betriebsräte ausschlossen, daß die Industrie keine gegen den Betriebsräteausschuss des Reiches bezüglich der Ausbildung der Arbeit nicht eingehen kann; aber das im Betriebe in den Vorberatungen getroffene politische Mitbestimmungsrecht sollte von der Industrie abgesetzt werden. Da aus laufender Arbeit und innerer Ruhe und reicher Ressourcen, so ist es unverständlich, daß gerade jetzt ein Gesetz einschreibt würde, das eigentlich jetzt, die höheren Interessen in unter Betriebsvereinigungen einzutragen und die Industrie empfindlich zu schädigen. Deshalb müßte noch einmal in jeder Stunde seines Betriebs die gesamte Industrie die Stimme erheben, um gegen das Gesetz in dieser Form Protest zu erheben. Das Reichsamt für Betriebsräte hat Dr. Simonis wiederum aufgefordert, daß die weitgehenden vermittelnden Gegenmaßnahmen der Industrie und der Arbeitgeber unbedingt gebilligt seien. In der zweiten Sitzung sei eine weitere Verabschaffung des Alters des Betriebsräte von 20 auf 18 Jahre. Die Erfahrungen, die man im Betriebsräteausschuß mit den jungen Betriebsräten gemacht habe, liegen sehr schlimmlich bezeichnet. Auch unter Kreis im Auslande werde durch eine besondere Gesetzgebung weiterhin verschlechtert. Es müsse verlangt werden, daß das Betriebsrätegesetz erst nach Abberufung des Reichsverbandes verabschafft würde. Schließlich wurde eine Entschließung angenommen, in der gegen das Betriebsrätegesetz einstimmig Protest erhoben wurde.

Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung verabschiedete eine Verordnung zur Behebung der Wohnungsnachfrage.

Regierungssitz in Preußen. In Preußen droht durch das Verhalten des Preußens in der Wahlfrage erneut eine Spaltung des Regierungsbündes.

Das Kohlenabkommen zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei. Das neue Kohlenabkommen zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei ist am 28. November in Berlin unterzeichnet worden. Es wurde auf sechs Monate abgeschlossen und läuft vom 1. Dezember 1919 bis 31. Mai 1920. Insgesamt hat die Tschecho-Slowakei 260 000 Tonnen Braunkohlen monatlich an Deutschland zu liefern, wofür dieses monatlich 105 000 Tonnen oberösterreichische Kohlen abzugeben hat. Außer dieser Menge hat die Tschecho-Slowakei noch monatlich 4000 Tonnen Braunkohlen und Deutschland 3000 Tonnen oberösterreichische Kohlen an die Grenzbezirke zu liefern. Die Deutschen versichern sich, ihre eigenen Wagen nicht nur für die Einfuhr tschechischer Kohlen zu stellen, sondern auch die hierher zu liefernden Kohlen in ihren Wagen zur Bestimmungsort zu bringen. Die 15 000 Tonnen des monatlichen Bestandes werden in tschechischen Wagen abgefertigt, so daß Deutschland 90 000 Tonnen monatlich in seinen eigenen Wagen zu befördern haben wird.

Republik Österreich.

Der Beschluß des Tiroler Landtages. In der gestrigen Sitzung des Tiroler Landtages wurde ein Antrag eingebracht, der Tiroler Landtag wolle beschließen,

dass Bevorzugung und das Vorrangserwerben der Betriebsvereinigung und die Verbindung betrieblicher Arbeitsgemeinschaften unter dem Gesetz eine ausreichende Versammlung eingerufen, um gegen die Beschränkung des Betriebsräteausschusses Protest zu erheben. Der Verteilende des Reichsverbandes, Dr. Görg, hörte, wie die Betriebsräte ausschlossen, daß die Industrie keine gegen den Betriebsräteausschuss des Reiches bezüglich der Ausbildung der Arbeit nicht eingehen kann; aber das im Betriebe in den Vorberatungen getroffene politische Mitbestimmungsrecht sollte von der Industrie abgesetzt werden. Da aus laufender Arbeit und innerer Ruhe und reicher Ressourcen, so ist es unverständlich, daß gerade jetzt ein Gesetz einschreibt würde, das eigentlich eine Verteilung abgegeben hatte, einstimmig angenommen. — Aus Wien wird gemeldet: Der Beschluß des Tiroler Landtages macht zwar, wie aus den Tischen der Redaktionen und der Art der Aussprache hervorgeht, in der gesamten Wiener Presse großen Aufsehen, wird jedoch nur in der "Neuen Freiheit Wiens" und dem "Morgen" behandelt. Die "Neue Freiheit Wiens" meint, der Entwurf von Berlino sei ein dreierstelliger Hindernis für den politischen Aufbau von Tirol an Deutschland, daß der Friede von St. Germain, weil in ihm nichts darüber festgelegt ist, ob die österreichische Regierung gehalten sei, die sich loszutrennen wollen, durch Abzug an der Ausführung dieser Politik zu hindern. Im übrigen werde die Entwurf an die Untertanen beweisen, daß es nicht so weitergehe und daß der Augenblick jetzt wirklich kommen kann, wo sich die Menschen um bessere Verträge nicht mehr kümmern und sich darüber wenden, wo sie trotz St. Germain und Berlino aufgenommen werden müssen. Der "Morgen" bemerkt: Tirols Allianz in der Emergenzzeit des ganzen Staates: Einwohner bis verhältnisse selbstständig zu leben, aber der Anschluß an Deutschland. Der Oberste Rat hat nun das Wort und seine andere Wahl.

Hollandische Sebenenfeste. Der Amsterdamer Gemeinderat hat beschlossen, einen Zug mit Beleuchtung im Wert von 100 000 Gulden nach Wien zu entsenden.

Ungarn.

Ungarn will nicht unterzeichnen. Der Präsident der ungarischen Friedensdelegation erklärte, daß Ungarn niemals die Bedingungen der Entente unterzeichnet werden werde.

Belgien.

Ein sozialistischer Sommerpräsident. Im dritten Wahlgang wurde zum Sommerpräsidenten der Sozialist Bruson mit 84 Stimmen gewählt. Der Kandidat der katholischen Partei vereinigte 74 Stimmen auf sich.

Frankreich.

Die Abreise der Amerikaner. Vertreter beschäftigt sich im "Echo de Paris" mit der Abreise der Amerikaner und mit der Reise Clemenceaus nach Bonbon und sagt, es gelinge zu wissen, daß sich zwischen England und Frankreich ein lebhaftes Gefühl der engeren Solidarität mache denn je geltend mache. Mit Amerika allerdings sei die Aufgabe schwieriger. Saint-Exupéry im "Journal" stellt fest, daß man die verschiedensten Möglichkeiten ins Auge gefaßt habe, die Amerikaner festzuhalten. Zeit sei jede Hoffnung nach dieser Richtung geschwunden. Es sei kein Grund dafür vorhanden, die alten Methoden zu ändern.

Amerika.

Flotterüttungen. Die "Times" meldet aus New York, daß die amerikanische Flotterleitung in einer Debatte darlegt, daß es, wenn nichts Ungünstiges mit Bezug auf die allgemeine Überfahrt geschiefe, die Politik der Vereinigten Staaten sein müsse, eine Streitkette zu beenden, die mindestens so stark sei, wie die wichtigste und stärkste Flotte irgend einer anderen Nation der Welt. Es bedeute der Plan, die neue Flotte bis 1925 fertigzustellen und sie im Stillen und Atlantischen Ozean aufzutreten zu lassen.

Japan.

Die Flottenvorlage angenommen. Das japanische Parlament hat die Regierungsvorlage für Neubauten der Flotte in Höhe von nahezu einer Milliarde Dollars ohne Debatte angenommen. Es werden innerhalb sieben Jahren vier Dreadnoughts von je 42 000 Tonnen, 8 Panzerkreuzer, 22 kleine Kreuzer, 34 Zerstörer, 74 Unterseeboote und 38 Spezialschiffe gebaut werden. Falls die japanischen Werften nicht in der Lage sind, die Schiffe zu den festgelegten Terminen abzuliefern, werden die staatlichen Werften vergrößert und eventuell neu gebaut werden. Der Kaiser sandte nach Annahme der Vorlage dem Parlament ein Schreiben, in dem er seinen Dank zum Ausdruck bringt, daß die Vertreter des Volkes die Sicherheit ihrer Nation garantieren hätten.

Eine Ladung

800 Dosen	Röllmops
800 "	Bismarckheringe
800 "	Delikatesheringe
700 "	russische Sardinen
200 "	Hering in Gelee
500 "	Schellfisch in Gelee

6. Gruhle, Bismarckstr. 35a. Telefon 261.

1000 Gentner	gelbe Kohlrüben
200 "	Weißkraut
100 "	Rottkraut
100 "	Sellerie
400 "	rote Möhren

empfiebt dünn

H. Gruhle, Bismarckstraße 35a, Telefon 261.

Herren-Anzüge

Burschen-Anzüge

Kinder-Anzüge

Ulster, Juppen

Engl. Leder-Hosen, Blusen

Häte, Mützen, Hemden

Arbeitergarderobe

alles in großer Auswahl

Paul Suchantke

Wettinerstraße 11.

Freibank Riesa.

Großraum, den 18. Dez. von 8 bis 10 Uhr Verkauf von Blattfeuer, rot und gefüllt, zum Preis von 1.50 bis 2.- Mark an Knabenstube 251-325.

Zigaretten

mit Goldmundstück, reiner, gelber Tabak, gibt preiswert an Wiederverkäufer ab

Wilhelm Frenzel Nch.
Anh. Otto Opel
— Wettinerstr. 2. —

Für das Weihnachtsfest

empfiebt:
Präzisionsföhrchen
Schokoladen
Wienerküchen
Herrndinner
Basilikusse
Weihnachtsäpfel
und Birnen
Zitronen.

Carl Wohlmann,
Goethestr. 89.

Handwagen
Treppenrollern
empfiebt
Döllscher
am Schlechtfeld

Zu verkaufen:
1. Elektrofahrrad,
Motorrad, etc.,
1. Sitzgewebe,
1. Sickerarmstuhl,
alles tabelliert erhalten.
Bei uns im Tagebl. Riesa

Weihnachts-Spiel.

Waffeln, Sellerie, rote Rüben, Möhren, Salzheringe, Wallmöhre, Kartoffeln, Dinkelbrot, S. Wabbelbissen, Christbaumbehang, Christbaumkerzen, Delikatessen, Pfefferküchen, Stangen, Tee, Pralinen, Schokoladen empfiebt

Baum Wieser,
Wettinerstraße 29,
Tel. 147.

Zitronen

same Größe, empf. Riesenweise
G. Gruhle, Bismarckstr. 35a, Telefon 261.

Schokolade.

Deutsche sind wieder 10 Stz. Bismarck-Schokolade eingetroffen und empfiebt im einzelnen und Riesenweise

G. Gruhle,
Bismarckstr. 35a, Telefon 261.

Stot. u. Weißkraut

Strudelkraut, Sellerien, Sellerie, Reetkraut und 1000 empfiebt Carl Pohlmann.

Drahtzugs-Spiralen

rein Leinen-Zabel, 50 n. 100 Stz. von 80-110 Mfl.
Deinen Drahtzugs

auf Oktober.

Ulster

Gebrockanzüge

Bozner

Juppen für Herren, Burschen u. Knaben

Hosen, Westen und Arbeiter-Garderobe

in größter Auswahl

empfiebt

Franz Heinze

Hauptstr. 28.

Kohlen-Ausgabe

Großraum, den 12. 12.

Preis von 1.2-12
Radium, 1.2-1.5

101-200

Wochen, den 15. 12.

Preis von 201-300, Radom. St. 301-400</p